

Unsere Arbeit Media

Amnesty International Austria | Corporate Responsibility

Amnesty International Österreich stellt in wenigen Tagen eine ihrer erfolgreichsten Kurzkampagnen zur Mobilisierung Zehntausender UnterstützerInnen in Österreich gegen die Auslieferung von Wikileaks-Gründer Julian Assange auf die Beine.

Julian Assange veröffentlichte auf Wikileaks geheime Dokumente, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen von US-Streitkräften enthüllen. Die US-Regierung erhob daraufhin Anklage gegen Assange und fordert seine Auslieferung. Die Anklagen gegen Assange sind ein Angriff auf unser aller Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit! Um Assanges Auslieferung in die USA zu verhindern, mobilisierte Amnesty International in nur wenigen Tagen möglichst viele UnterstützerInnen. Gezielte Social-Media-Maßnahmen, Online-Ads mit kontextuellem Targeting auf ausgewählten Nachrichtenportalen, eine Search- und Displaykampagne und die Mobilisierung von AktivistInnen führten zu einer der erfolgreichsten Kurzkampagnen von Amnesty International Österreich.

Resultate

+546%

Website Traffic in der Woche nach Kampagnenstart

Rund

23.000

Unterschriften, davon 19.000 allein in der ersten Woche

Ca.

50%

der UnterstützerInnen unterstützten das erste Mal eine Aktion bei Amnesty International Österreich

Bundesland wählen | Anmelden | Registrieren

Kronen Zeitung

Abo-Service ePaper Newsletter Community Gewinnspiele Vorteilswelt

REZEPT DER WOCHE
P. MAX
mit Peter Tichatschek

NACHRICHTEN BUNDESLÄNDER SPORT ADABEI DIGITAL FREIZEIT AUTO TRENDS VIDEOS SERVICE GAMES

Welt Politik Österreich Bundesländer Wirtschaft Wissen Viral

Freitag, 21. Februar 2020
8° Wien Ihr Horoskop

21.02.2020 05:30 | NACHRICHTEN > WELT

ANTRAG AN US-BEHÖRDEN

Weltweite Amnesty-Kampagne für Julian Assange

(Bild: Associated Press)

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) fordert die US-Behörden auf, alle Anklagen gegen den WikiLeaks-Gründer Julian Assange fallen zu lassen, damit dieser umgehend freigelassen werden kann. Sollte dies nicht geschehen, müssten die britischen Behörden dafür sorgen, dass

ERFOLGSMELDUNG vor 6 Minuten
USA vereinbaren „Gewaltreduzierung“ mit Taliban

SCHÖN DURCHSICHTIG vor 8 Minuten
Elisabeta Canalis hat nichts zu verbergen

CORONAVIRUS-IMPfstoff vor 15 Minuten
Laut China erste Tests an Menschen Ende April

WINDOWS-INSTALLATION vor 23 Minuten
Microsoft nötigt nun auch Europäer zu Online-Konto

KRONE.TV
Direkt aus dem Studio:
Trauer in Deutschland ++ Hagel in Wien

Leser zeigen Herz

DERSTANDARD > Kultur

ABO IMMOBILIEN JOBSUCHE Suche Anmelden Menü

Linz/Mattighofen/Brüssel – Die Kulturförderungen der Ktm Motohall in Mattighofen im Bezirk Braunau am Inn sind rechtswidrig. Das ist der Inhalt eines Gutachtens der Wiener Rechtsanwaltskanzlei Peter Thyri im Auftrag der Kulturplattform Oberösterreich (Kupf). Sie will diese am Montag in einer Pressekonferenz in Linz präsentierte „Beihilfenrechtliche Beurteilung“ an die EU-Kommission und den Landesrechnungshof übermitteln.

Das per Crowdfunding finanzierte Gutachten kommt zum Ergebnis: Die vom Land Oberösterreich als Kulturförderungen gewährten Beihilfen sind EU-wettbewerbswidrig. Unter anderem würden sie für Ktm einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber Mitbewerbern bewirken. Für den Gutachter ist auch fraglich, ob die Motohall überhaupt ein Museum ist, für das Förderungen zulässig wären.

SPÖ fordert Akteneinsicht

Die Dritte Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer (SPÖ) nahm die Diskussion um die Kulturförderung zum Anlass um Akteneinsicht für Landtagsabgeordnete zu verlangen. Das sei in anderen Bundesländern „längst üblich und in Oberösterreich längst überfällig“, argumentierte sie. ÖVP-Landtagsabgeordneter Wolfgang Haltmannsdorfer kritisierte wiederum die SPÖ. Die Forderung nach Akteneinsicht sei „ein erneuter Versuch, das Thema parteipolitisch zu instrumentalisieren.“

Hintergrund des Gutachtens ist, dass der oberösterreichische Ex-Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) Ktm 2015 Subventionen in Höhe von 4,5 Millionen Euro für die Motohall zugesagt hat. 1,8 Millionen Euro davon stammen aus dem Kulturbudget – zwei Tranchen zu je 600.000 Euro wurden bereits beschlossen.

Die Kupf kritisiert den sonstigen Sparkurs in der Kultur verweist darauf dass Ktm-Chef Stefan Pierer im Wahljahr 2017 mehr als 430.000 Euro an die ÖVP gespendet hat. SPÖ und Neos haben in der Sache eine Prüfung durch die EU-Kommission beantragt. Auch der Landesrechnungshof (LRH) befasst sich derzeit mit der Förderung. Sein abschließender Bericht wird noch im heurigen ersten Halbjahr erwartet.

Kupf will Geld zurück

Das Land hielt bisher entgegen, dass die Förderung gemäß EU-Beihilfenrecht korrekt erfolgt sei. Auch eine neuerliche Prüfung durch die Direktion Finanzen

AMNESTY INTERNATIONAL

Die KTM Motohall in Mattighofen.
Foto: AP/ALBARBARA ORSI